



Kultur

Zusätzlicher Beitrag für Konzert und Theater St.Gallen**1 Ausgangslage**

Mit Beschluss vom 21. März 2000 hat der Grosse Gemeinderat der neuen Subventionsordnung 2001/2006 für die Genossenschaft Konzert und Theater St.Gallen zugestimmt. Mit der darin enthaltenen Aufteilung des Subventionsbedarfes zwischen Kanton (55 Prozent) und Stadt (45 Prozent) wurde die Stadt um jährlich rund 2 Millionen Franken entlastet.

Mit Ziffer 2 der damaligen Beschlüsse wurde der Grosse Gemeinderat ermächtigt, den Betriebsbeitrag „in Übereinstimmung mit Beschlüssen des Grossen Rates des Kantons St.Gallen zusätzlich zu ändern, wenn ausserordentliche Umstände dies erfordern, insbesondere für notwendige reale und teuerungsbedingte Anpassungen von Besoldung und Gage des Personals“.

Seit dem Erlass der erwähnten Subventionsordnung ergibt sich ein Bedarf zur Anpassung der Subvention in zweierlei Hinsicht. Einerseits aufgrund des neuen, geänderten Arbeitsgesetzes, anderseits entstand ein höherer Finanzbedarf für die Personalvorsorge. Im Kulturbericht 2001 wurde auf das hängige Gesuch der Genossenschaft KTSG und die Verhandlungen mit dem Kanton hingewiesen.

2 Auswirkungen des Arbeitsgesetzes

a) Mit Bundesgesetz vom 20. März 1998 haben die eidgenössischen Räte das Arbeitsgesetz revidiert. Am 10. Mai 2000 erliess der Bundesrat die Verordnung 2 zum Arbeitsgesetz (Sonderbestimmungen für bestimmte Gruppen von Betrieben oder Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen). Beide Erlasse sind am 1. August 2000 in Kraft getreten, wobei als Frist für betriebliche Anpassungen der 31. Januar 2001 festgelegt wurde.



b) Die neue Arbeitsgesetzgebung hat weitreichende Auswirkungen auf die Berufstheater und die Berufsmusiker und Berufsmusikerinnen. So sind den Mitarbeitenden in Berufstheatern sowie den Berufsmusikern und Berufsmusikerinnen im Kalenderjahr mindestens zwölf freie Sonntage zu gewähren, wobei in den Wochen ohne freien Sonntag im Anschluss an die tägliche Ruhezeit zusätzlich eine wöchentliche Ruhezeit von 36 aufeinanderfolgenden Stunden zu gewähren ist. Konkret bedeutet dies, dass die mit der Sonntagabendvorstellung beschäftigten Mitarbeitenden frühestens am Mittwochmorgen wieder eingesetzt werden können, was zusätzliches Personal erfordert, wenn an den Sonntagsvorstellungen festgehalten wird. Als Zweites sehen die neuen arbeitsrechtlichen Bestimmungen einen maximalen täglichen Beschäftigungsrahmen von 14 Stunden vor. Angesichts der besonderen Beschäftigungseinsätze kann im Berufstheaterbereich dieser Rahmen ohne personelle Aufstockung nicht eingehalten werden. Ein weiterer Revisionsbereich betrifft die tägliche Ruhezeit; sie ist für das kaufmännisch-technische Personal von neun und für das künstlerische Personal von zehn auf generell elf Stunden angehoben worden. Mitwirkende an einer Abendvorstellung können - je nach Vorstellungsdauer und Zeitaufwand für den nachträglichen Abbau des Bühnenbildes - somit am folgenden Tag frühestens um 10.00 Uhr oder sogar erst später eingesetzt werden. Die Probezeiten werden dadurch erheblich beeinträchtigt.

c) Sowohl der Schweizerische Bühnenverband wie auch die einzelnen Berufstheater haben die Folgen aus den neuen arbeitsrechtlichen Vorschriften ermittelt. Für Konzert und Theater St.Gallen hat sich im Wesentlichen ergeben, dass bei Aufrechterhaltung des mit dem vereinbarten Leistungsauftrag formulierten und qualitativ hochstehenden Angebots die Einhaltung der neuen Bestimmungen eine zusätzliche Schicht beim technischen Personal - bestehend aus sechs Bühnentechnikern, zwei Beleuchtern und einem Tontechniker - erforderlich macht. Diese zusätzliche Schicht hat einen Personalmehraufwand von rund 577'300 Franken (Berechnungsstand: August 2001) zur Folge.

d) Mit den Sozialpartnern der Bereiche Orchester, Bühnenkünstler und Techniker konnte die Genossenschaft KTSG eine Übergangslösung für die Spielzeit 2001 / 2002 vereinbaren, damit diese Konzert- und Theatersaison wie geplant stattfinden konnte. Die bis zum 30. Juni 2002 befristete Lösung führt zu Mehrkosten von rund 250'000 Franken. Zwischenzeitlich hat die Gewerkschaft GBI gegen diese Lösung Stellung bezogen. Sie verlangt unter Berufung auf die klaren arbeitsrechtlichen Bestimmungen eine rasche Umsetzung der Vorschriften.

e) Die in der Spielzeit 2002/03 entstehenden Mehrkosten werden höher ausfallen als in der Spielzeit 2001/02, weil dann die arbeitsrechtlichen Vorschriften aller Voraussicht nach uneingeschränkt angewendet werden müssen. Eine erneute Vereinbarung mit den Gewerkschaften dürfte kaum realisierbar sein, nachdem andere Kantone die Mehraufwendungen bereits



in der laufenden Spielzeit für ihre Subventionen vollumfänglich anrechnen, und angesichts der gesetzlichen Vorgaben kein Spielraum für ein rechtsgeschäftliches Handeln besteht. Es muss mit Mehrkosten im Jahr 2002 von mindestens 375'000 Franken gerechnet werden. Ab dem Jahr 2003 dürften die Mehrkosten bei rund 500'000 Franken je Jahr liegen. Eine präzisere Ermittlung der Mehrkosten und damit eine klarere Ausgangslage für die Festlegung der für die Beiträge des Kantons und der Stadt St.Gallen anrechenbaren Kosten wird erst später möglich sein. Es ist beabsichtigt, die daraus resultierenden Kostenfolgen für Kanton und Stadt St.Gallen im Rahmen der Voranschläge für das Jahr 2003 zu berücksichtigen.

f) Zusammenfassend ergibt sich, dass die Mehrkosten, die bei strikter Einhaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen bereits für die Spielzeit 2001 / 2002 entstanden wären, auf dem Verhandlungsweg reduziert werden konnten. Sie belaufen sich spielzeitbezogen - wie erwähnt - auf rund 250'000 Franken. Wird das für die Haushalte von Kanton und Stadt St.Gallen massgebende Rechnungsjahr berücksichtigt, ergeben sich:

- für das Jahr 2001 (erster Teil der Spielzeit 2001 / 2002) Fr. 125'000.–
- für das Jahr 2002 (zweiter Teil der Spielzeit 2001 / 2002) Fr. 125'000.–
- für das Jahr 2002 (erster Teil der Spielzeit 2002 / 2003) Fr. 250'000.–

Für die Berechnung des Nachtragskredites zulasten der Rechnung 2002 ist somit von einem Zusatzbedarf von Fr. 500'000.– auszugehen.

3 Korrektur des Subventionsbedarfes im Bereich der Personalvorsorge

Mit der neuen Subventionsordnung wurden die bisher separat entschädigten Arbeitgeberbeiträge für die Personalvorsorge in die Gesamtsubvention integriert. Dies geschah einerseits, um eine klare Grundlage zur Ermittlung des Subventionsbedarfes zu schaffen, andererseits weil diese Kosten durch Beschlüsse der Genossenschaft bestimmt werden (Anstellungsentscheide, allgemeine und individuelle Lohnerhöhungen usw.). Damit werden Kompetenzen und Finanzierungsverantwortung an einer Stelle zusammengeführt. Der im Subventionsbedarf berücksichtigte Betrag von Fr. 1'165'000.– basierte auf dem Durchschnitt der Jahre 1995 bis 1999 und enthält zudem einen Risikozuschlag von 50'000 Franken.

In der Praxis zeigte sich jedoch, dass diese Summe pro Jahr um rund 100'000 Franken überschritten wird. Dies hat verschiedene Gründe: In der Basisperiode war die durchschnittliche Teuerung relativ gering. Durch den Anstieg der Teuerung stiegen auch die reglementarischen Nachzahlungen. Im Weiteren wurde mit der Statutenrevision der Versicherungskasse per



1.1.1999 eine Differenzierung der Prämien nach Alter eingeführt. Dies führte zu einer Erhöhung des durchschnittlichen Prämiensatzes von 9,7 auf 10,4 Prozent. Andererseits wurde mit der Statutenrevision die bisher voll dem Arbeitgeber belastete Teuerungszulage zur Hälfte neu von der Versicherungskasse übernommen, was zu einer Entlastung führte. Per Saldo ergibt sich die erwähnte Mehrbelastung von 100'000 Franken pro Jahr bzw. 200'000 Franken für die Jahre 2001 und 2002.

4 Nachtragskredit zulasten der Laufenden Rechnung 2002

Aus den dargelegten Gründen ergeben sich für die Jahre 2001 und 2002 Mehrbelastungen für KTSG von insgesamt 700'000 Franken. Da es sich um ausserordentliche Gründe handelt, erscheint es angezeigt, diese Summe durch die Subventionsgeber zu übernehmen und nach dem geltenden Schlüssel zwischen Stadt (45 %) und Kanton (55 %) aufzuteilen. Für die Stadt bedeutet dies, dass ein Nachtragskredit von Fr. 315'000.— zulasten der Laufenden Rechnung beantragt wird. Entsprechend der oben zitierten Bestimmung der Subventionsordnung gilt dieser Beschluss nur unter der Bedingung, dass auch der Grosse Rat einen entsprechenden Beschluss fasst.

5 Ausblick auf das Budget 2003

Diese Korrektur des Subventionsbedarfes, die mit dieser Vorlage für die Jahre 2001 und 2002 beantragt wird, ist auch in den Budgets 2003 – 2006 zu berücksichtigen. Da bezüglich der genauen Auswirkungen des neuen Arbeitsgesetzes noch etwas Unklarheit besteht und auch unter anderen Titeln allenfalls Anpassungen erforderlich sein werden, sind im Verlaufe dieses Jahres noch weitere Gespräche notwendig. Es ist vorgesehen, die weitere Anpassung des Subventionsbedarfes auf dem ordentlichen Budgetweg vorzunehmen.

6 Anträge

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Genossenschaft Konzert und Theater St.Gallen wird - unter der Bedingung eines entsprechenden Beschlusses auf kantonaler Ebene - ein zusätzlicher Beitrag von Fr. 315'000.– gewährt und hiefür ein Nachtragskredit zulasten der Laufenden Rechnung 2002 erteilt.



Der Stadtpräsident:
Christen

Im Namen des Stadtrates
Der Stadtschreiber:
Linke

